



Bundestags- brief

Nr. 154 • Die Woche im Bundestag • 12.09.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Schwarze Null jetzt umsetzen

Der Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2015 und zur Finanzplanung 2018 ist mehr als ein Buch voller Zahlen – er hat historische Bedeutung:

Zum ersten Mal seit 1969 werden wir komplett ohne neue Schulden auskommen und wenden uns damit endlich von der Politik des Schuldenmachens ab.

Wir schaffen die schwarze Null, und zwar ohne Steuererhöhung. Und wir setzen sie über den gesamten Finanzplanungszeitraum fort.

Damit steht unser Hauptziel, das von uns durchgesetzte Kernelement im Koalitionsvertrag, unmittelbar vor seiner Verwirklichung: Unsere Bundesregierung kommt mit dem Geld aus, das sie hat.

Das ist vernünftig, gerecht und ein wesentlicher Bestandteil unseres Profils in der Haushalts- und Wirtschaftspolitik.

Es konnte nur eine unionsgeführte Koalition sein, die die immer wieder diskutierte und von vielen nie für möglich gehaltene schwarze Null zur Realität macht.

Grundlage dieses Erfolgs ist unser unbeirrtes Festhalten an der wachstumsorientierten Konsolidierung auch gegen Widerstände.

Trotzdem ist der Haushalt 2015 kein Sparhaushalt – im Gegenteil: Wir nutzen die von uns in den vergangenen Jahren erarbeiteten Freiräume, um Akzente bei Bildung und Forschung, in der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur oder durch effektive Entwicklungszusammenarbeit zu setzen.

Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser

Seit fast 25 Jahren können die Menschen in den neuen Ländern ihre Regierung wieder frei wählen.

In Sachsen hat sich die CDU im vergangenen Vierteljahrhundert derart überzeugend und erfolgreich für Land und Menschen engagiert, dass sie auch die jüngste Landtagswahl mit weitem Abstand vor allen Mitwerbern gewonnen hat.

Stanislaw Tillich bleibt unangefochten Ministerpräsident und lotet nun aus, mit welchem Partner er die beste Politik für Sachsen machen kann.

Wir wünschen unseren Freunden in der sächsischen Union alles Gute bei der Bildung einer Regierung, die weiter am Erfolg des Freistaates arbeitet.

Nach den Sachsen haben am kommenden Sonntag, dem 14. September, auch die Menschen in Brandenburg und Thüringen die Chance, mit ihrer Wahl die Weichen für eine gute Zukunft zu stellen.

Thüringen ist dank der jahrelangen erfolgreichen Regierungsarbeit der CDU schon jetzt auf Erfolgskurs. Wie Sachsen hat Thüringen unter Christine Lieberknecht einen ausgeglichenen Haushalt, tilgt konsequent Schulden und investiert erfolgreich in die Zukunft. Hier zeigt sich: Wo die CDU regiert, geht es den Menschen besser.

Brandenburg dagegen bleibt durch die langjährige verfehlte linke Politik hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wir kämpfen dafür, dass Rot-Rot abgelöst wird und die CDU unter Führung von Michael Schierack wieder Regierungsverantwortung übernimmt.

Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union sinkt um eine halbe Million

Zum Zeitpunkt der Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa im Juli 2013 im Kanzleramt waren in der Europäischen Union rund 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Seitdem gab es einen kontinuierlichen Rückgang auf 5,1 Millionen im Juni 2014.

Wichtigste Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit sind nach Einschätzung einer aktuellen wissenschaftlichen Untersuchung Defizite im Bildungs- und Ausbildungssystem, länderspezifische Regelungen etwa im Kündigungsschutz und ineffektive arbeitsmarktpolitische Instrumente.

Kurzfristig komme es auch darauf an, junge Menschen besser über Beschäftigungschancen im Ausland aufzuklären, sie zu motivieren und bei den ersten Schritten zu unterstützen.

(Quelle: de.statista.com; Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW)

Fokus Pflege

Gegenwärtig sind in Deutschland 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig. Davon werden mehr als zwei Drittel (70 Prozent) zu Hause gepflegt.

Infolge des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 3,5 Millionen erhöhen.

Im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitet die Koalition an der Stärkung der Pflege: Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Milliarden Euro verbessert werden.

Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4 Prozent. Auch wird der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben.

Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt.

Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

(Quelle: Bundesministerium für Gesundheit)

Ausbildungsförderung modern und bedarfsgerecht

Im vergangenen Jahr sank die Zahl der BAföG-Empfänger um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

959.000 Personen erhielten demnach im Jahr 2013 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz; davon waren 293.000 Schüler und 666.000 Studierende.

Mit dem 25. BAföG-Änderungsgesetz bereitet die unionsgeführte Koalition nun den Weg in eine moderne Ausbildungsförderung:

Der Kreis der Geförderten wird um bis zu 110.000 Personen erweitert, indem die Einkommensfreibeträge um 7 Prozent angehoben werden.

Auch wird die Hinzuverdienstgrenze auf 450 Euro erhöht, so dass BAföG-Empfänger in Zukunft kontinuierlich einen so genannten Minijob ausüben können.

Die Bedarfssätze werden um 7 Prozent angehoben; der Wohnzuschlag steigt auf 250 Euro und trägt damit den gestiegenen Kosten für studentisches Wohnen Rechnung.

Auch die Länder profitieren: Der Bund übernimmt ab 2015 die volle Finanzierung der BAföG-Leistungen und entlastet sie damit um 1,17 Milliarden Euro jährlich.

Die Länder haben im Gegenzug zugesagt, diese Summe in Schule und Hochschule zu investieren.

(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)